



Wie geht's Deutschland? (18)

Nachwuchsförderung

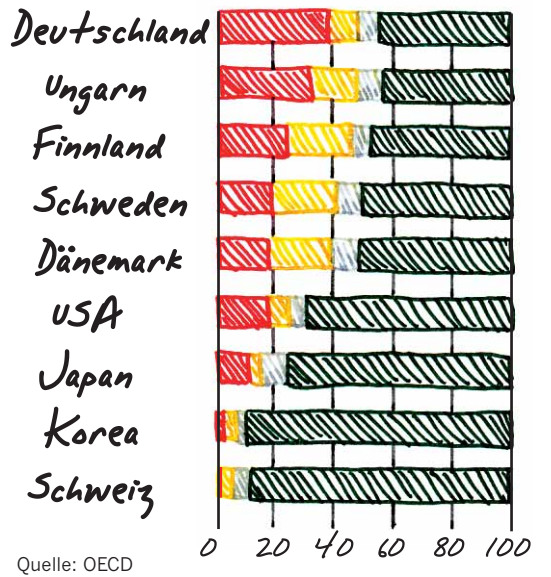
In der Bundesrepublik leben relativ viele Kinder in Armut, obwohl der Staat den Eltern überdurchschnittlich viel Geld bezahlt

Deutschland gibt deutlich mehr Geld für seine Kinder aus als die meisten führenden Industrieländer. Das ergab eine Studie der Organisation für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (OECD). Über die ersten 18 Lebensjahre wird der Nachwuchs hierzulande mit umgerechnet 144 500 US-Dollar gefördert – das liegt deutlich über dem OECD-Schnitt von 126 000 US-Dollar.

In kaum einem anderen Land wird ein so großer Teil der öffentlichen Mittel, nämlich 40 Prozent der Hilfen, direkt an die Eltern ausbezahlt. Im Mittel der OECD-Länder sind es lediglich 25 Prozent. Trotzdem lebt in Deutschland fast jedes sechste Kind in relativer Armut, also in einem Haushalt mit weniger als der Hälfte des durchschnittlichen nationalen Einkommens. Im OECD-Schnitt ist es nur jedes achte, in Dänemark jedes 37. Kind.

Die meisten Länder geben den Großteil des Geldes für Bildung aus, durchschnittlich 60 Prozent der Mittel. Korea und die Schweiz investieren sogar 90 Prozent. In Deutschland sind es nur rund 45 Prozent. Spitzenreiter bei den Ausgaben für Kinderbetreuung sind Dänemark, Finnland und Schweden. Besonders gering fällt dieser Posten in Japan, Korea und Australien aus, ebenso wie in Irland und der Schweiz.

Verteilung der öffentlichen Ausgaben (in Prozent der Gesamtausgaben, 2003)



Quelle: OECD

Womöglich arbeitsunfähig

Ärzte kritisieren Ärzte: »So kann es nicht weitergehen.« Denn wenn Krankschreibungen einmal überprüft werden, erweisen sie sich oft als unangemessen **VON TOBIAS ROMBERG**

Frei von Scheu und Skrupel fragt Angelo in einem Internetforum: »Womit lasse ich mich am besten zwei Wochen krankschreiben?« Abschätzig attestiert man ihm dort zunächst »Drückeritis« oder »Sozialschmarozertum«. Doch wenig später erhält er eine erste für ihn hilfreiche Antwort: Das Klagen über Durchfall führe meist problemlos zu einer Bescheinigung der Arbeitsunfähigkeit (AU). Ein anderer Rat lautet: »Depris kommen immer gut.«

Die Jagd nach dem gelben Schein kennt keine Grenzen, und einige Mediziner stellen ihn fast schon resigniert aus. »Die große Zahl von Ärzten macht es wahrscheinlich, dass ein Versicherter, der sich ungerechtfertigt krankschreiben lassen will, einen Arzt findet, der dies auch macht«, sagt Gert Nachtigal von der Bundesvereinigung der Deutschen Arbeitgeberverbände.

In Westfalen war jeder Zweite, der überprüft werden sollte, plötzlich gesund

Es rumort auch in Medizinerkreisen – Ärzte kritisieren Ärzte. »Es kann so nicht weitergehen«, sagt Professor Andreas Stevens, Neurologe und Psychiater an der Universität Tübingen und Beratungsarzt mehrerer Berufsgenossenschaften. Der 50-Jährige hat deshalb gemeinsam mit Kollegen bei der Jahrestagung der Deutschen Gesellschaft für Psychiatrie, Psychotherapie und Nervenheilkunde (DGPPN) kritische Daten vorgelegt und auf den Schaden durch unbegründete AU-Atteste hingewiesen.

Andere AU-Bescheinigungen wegen psychischer Diagnosen wie Depressionen werden häufig ohne Untersuchung und ohne nachvollziehbare Begründung ausgestellt. Einem Bericht der Forschungsgruppe Psychosomatische Rehabilitation an der Berliner Charité zufolge stuften Zweitgutachter 75 Prozent der Patienten mit psychosozialen Problemen als arbeitsfähig ein, obwohl diese davor eine AU-Bescheinigung erhalten hatten. Dass dies kein typisch deutsches Phänomen ist, zeigt der Blick in die Schweiz. »Laut einer Studie werden Atteste in 87 Prozent der Fälle ausgestellt, selbst wenn sie für den Arzt nicht indiziert sind«, sagt Professor Ernst Zeller von der Juristischen Fakultät der Universität Zürich. Zeller will nun gemeinsam mit Stevens auf Aufklärung und Transparenz setzen.

»Geschädigt werden die Volkswirtschaft und vor allem ehrliche Arbeitnehmer, die für das Fehlverhalten von Kollegen und Ärzten mit Mehrarbeit und einem Anstieg der Prämien für Sozialversicherungen bestraft werden. Und ganz nebenbei ramponiert die Ärzteschaft ihr Ansehen«, sagt Zeller.

So wie im unterfränkischen Schweinfurt. Dort kam es im vergangenen Jahr zum Streit zwischen Stadtverwaltung und Ärzten. Denn zwölf Mediziner sollen Jugendliche, die an städtischen Beschäftigungsmaßnahmen teilnahmen, großzügig krankschrieben haben. So habe im ersten Halbjahr 2008 jeder der 235 Teilnehmer im Durchschnitt fünf Krankmeldungen vorgelegt. Unter den Jugendlichen kursierten bereits die Namen von sogenannten »Holiday Docs«. Nach Gesprächen mit einigen Ärzten sank die Zahl der Atteste um 70 Prozent.

Und an der Berliner Humboldt-Universität zweifelte man bereits an der Qualifikation der Damen und Herren in Weiß, nachdem vor einigen Monaten im Fachbereich Geografie während der Prüfungszeit, die drei Klausuren innerhalb von zwei Tagen vorsah, massenhaft Studenten erkrankt waren und dies mit Attesten belegen konnten.

Die Kassenärztliche Bundesvereinigung verteidigt ihre Mitglieder gegen solche Vorwürfe. Ärzte gingen mit Krankschreibungen »insgesamt sehr verantwortlich um. Dieses Thema setzt sich eher aus Vermutungen, weniger aus Fakten zusammen«, heißt es dort. Stevens ist umstritten, gilt in seinen Ansichten als nicht allzu arbeitnehmerfreundlich. Im Internet existieren Foren, in denen von Stevens erstellte Gutachten angezweifelt werden. In einem Gutachter-Streit, über den der Spiegel 2005 berichtete, wurde Stevens als »Psychiater vom alten Schlag« bezeichnet. Ein renommierter Neuropsychologe sagte damals, dass Stevens nicht auf dem neuesten Stand der Wissenschaft sei, er stelle unbewiesene Behauptungen auf.

Stevens jüngster Vorstoß birgt sozialpolitischen Sprengstoff und hat einen Haken: Weder Krankenkassen noch Arbeitgeberverbände führen umfassende Statistiken. Dabei dürften Arbeitgeber, die gemäß Sozialgesetzgebung für einen erkrankten pflichtversicherten Arbeitnehmer den Lohn fortzahlen, und Krankenkassen, die anschließend für bis zu 78 Wochen eine Lohnersatzleistung entrichten, die Diagnose vom Medizinischen Dienst der Krankenkassen (MDK) überprüfen zu lassen.

Doch auch dort gibt es kaum Statistiken. »Das ist berufspolitisch natürlich auch ein heißes Eisen«, sagt Rüdiger Freudenstein vom MDK Baden-Württemberg. Man ist vorsichtig geworden, denn schon einige Male hat sich der Dienst die Finger verbrannt, wenn er Missstände publik machen wollte. 2003 übersandte er Listen an Berliner Ersatzkassen, auf denen Hunderte Ärzte genannt waren, die auffällig

oft krankschrieben. Die Ersatzkassen wollten diese Listen Arbeitgebern zukommen lassen, ließen aber davon ab, nachdem die Ärztekammer dies als »ungerechtfertigtes Kesselreiben« kritisiert und Ärzten juristische Schritte empfohlen hatte.

Der Fundus an wissenschaftlichen Untersuchungen zu diesem Thema ist gering. Eine Studie über den Medizinischen Dienst der Krankenkassen in Westfalen-Lippe dokumentiert einen »Ankündigungseffekt«: Gut 50 Prozent der zu einer Begutachtung von den Kassen eingeladenen Versicherten, die zuvor krankschrieben worden waren, erschienen nicht und nahmen stattdessen zeitnah wieder ihre Arbeit auf beziehungsweise standen der Bundesagentur für Arbeit zur Verfügung. Weiter heißt es: »Bei den zur Untersuchung erschienenen Versicherten konnte in annähernd 50 Prozent der Fälle die Arbeitsunfähigkeit beendet werden.«

Oft holen die Ärzte nicht genug Informationen aus dem Umfeld ein

Stevens untersuchte Anfang 2008 AU-Bescheinigungen, die wegen psychischer Störungen ausgestellt wurden. Entsprechende Akten übergaben ihm Berufsgenossenschaften. Stevens räumt ein, dass er offensichtlich diejenigen Akten erhielt, »bei denen der Sachbearbeiter Zweifel daran hatte, dass die darin beschriebenen Gesundheitsstörungen tatsächlich vorliegen und eine Arbeitsunfähigkeit begründen«. Sein Ergebnis: In nur 20 von 158 Fällen (13 Prozent) konnte die Dauer der AU-Bescheinigung bestätigt werden. »In sehr vielen Fällen erfolgte auch gar keine körperliche oder psychiatrische Untersuchung, vielmehr genügte dem die Arbeitsunfähigkeit bescheinigenden Arzt offensichtlich die Beschwerdeschilderung«, so Stevens. Auch Informationen zum Arbeitsplatz und zu den Arbeitsanforderungen seien nicht eingeholt worden, obwohl die Bescheinigung von Arbeitsunfähigkeit dies erfordert. Diese Fahrlässigkeit sei nicht mehr hinnehmbar, denn die AU sei ein sozialrechtlicher Status, der erhebliche Kosten nach sich ziehe.

Doch wo liegt die Grenze zwischen empfundener Krankheit und Simulantenentum? Schon die Wahrnehmung und der Umgang mit Schmerz sind subjektiv und von Mensch zu Mensch verschieden. Es ist nicht immer das System, das vor egoistischen Menschen geschützt werden muss. »Gelegentlich müssen Patienten auch vor sich selbst geschützt werden, wenn sie sich trotz offensichtlicher Arbeitsunfähigkeit nicht die erforderliche Schonzeit zubilligen, wie dies für depressive Patienten beschrieben wurde«, heißt es in einem Fachaufsatz.

Hinzu kommen die wirtschaftlichen Rahmenbedingungen. So teilt die Kassenärztliche Bundesvereinigung mit: »Die Sorge um den Arbeitsplatz dürfte eher dazu beitragen, dass sich Patienten am liebsten nicht krankschreiben lassen wollen, obwohl dies eigentlich erforderlich wäre.« In schlechten Zeiten sinke nämlich die Zahl der Fehltag. Erste Tendenzen belegen dies. In einer veröffentlichten Befragung des Deutschen Gewerkschaftsbundes gaben 78 Prozent der befragten Arbeitnehmer an, dass sie innerhalb von zwölf Monaten mindestens einmal krank zur Arbeit gegangen seien. Und trotz einer Grippewelle zu Beginn des Jahres sank hierzulande der Krankenstand in den ersten Monaten im Vergleich zu den Vorjahren.

www.zeit.de/audio

ANZEIGE

Vermögen erhalten.
Über Generationen.

LGT Bank Deutschland
Telefon 069 907 46 333

www.lgt.de
Berlin, Frankfurt, Hamburg, Köln,
Mannheim, München, Stuttgart



Es geht zum einen um Solidarität des Einzelnen gegenüber der Gemeinschaft. Es geht aber auch um das ärztliche Berufsethos, um den Konflikt zwischen ökonomisch motivierter Patientennähe und gesellschaftlicher Verantwortung, zwischen Gefälligkeit und medizinischer Sorgfalt.

Die Bundesagentur für Arbeitsschutz und Arbeitsmedizin schätzt anhand der Daten von rund 30 Millionen Versicherten, dass im Jahr 2006 ein Verlust von 65 Milliarden Euro an Bruttowertschöpfung durch Arbeitsunfähigkeit entstanden ist. Gut ein Zehntel davon sei auf den Ausfall durch psychische und Verhaltensstörungen zurückzuführen. Allein im Zeitraum 1997 bis 2004 stieg die Zahl der Fehltag aufgrund psychischer Störungen um 69 Prozent, sagt Stevens. In seinen Augen sind längst nicht alle Fehltag gerechtfertigt.

»Die Vorgaben des Gesetzgebers sind eindeutig, und es ist auch geregelt, dass die Arbeitsunfähigkeitsbescheinigung eine gutachtliche Äußerung ist, die besonderer Sorgfalt bedarf«, sagt Stevens. Doch in der Praxis werde dies fast nie eingehalten, insbeson-

FASZINATION BETT.





FASZINATION BETT.

Aus besonderen Ansprüchen entspringen Ideen, die begeistern. Aus der Leidenschaft für Perfektion und Qualität entstehen Produkte, die faszinieren.

Betten und Bettsysteme von Röwa. Die perfekte Synthese aus Design und Komfort, Funktion, Ergonomie und individueller Gestaltung.

Fachhändler in Ihrer Nähe finden Sie unter Telefon 07473-70120 oder www.roewa.com





